



Medienmix in der Bürgerbeteiligung am Beispiel der partizipativen Quartiersentwicklung »Hohes Feld« Wennigsen

Christoph Meineke

Entstehung der Idee zum Partizipationsvorhaben im »Hohen Feld«

Auf der Startveranstaltung des Netzwerkes Bürgerbeteiligung im September 2011 entstand die Idee zu einem Bürgerbeteiligungsverfahren im Wennigser Quartier »Hohes Feld«. Diese Idee hatte einen zweifachen Ursprung. Zum einen war es für mich als Bürgermeister aus der kommunalen Praxis heraus notwendig, einen bürgerbeteiligungs-basierten Veränderungsprozess im »Hohen Feld« einzuleiten, zum anderen verfügt Prof. Dr. Herbert Kubicek vom Institut für Informationsmanagement der Universität Bremen (ifib) über eine technische Plattform, mit Hilfe der ein entsprechendes Online- und Offline-Konsultationsverfahren der Bürgerbeteiligung realisiert werden kann. Vor diesem Hintergrund war es möglich, innerhalb weniger Wochen ein Musterprojekt an den Start zu bringen. Das Verfahren ist derzeit noch in der Umsetzung, daher werden hier lediglich die ersten Schritte dargestellt. Im Frühjahr 2012 wird das Projekt abgeschlossen sein und eine Evaluation erfolgen.

Die Möglichkeit zur Verwendung der Plattform » <http://www.stateboard.de/wennigsen/>« durch das ifib beruht auf einem Forschungsprojekt, das u. a. durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Dabei geht es um die Evaluation von Online-Beteiligungsverfahren. Die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Wennigsen und dem ifib hatte bereits bei einem anderen Forschungsprojekt, dem Wennigser Klimaversprechen (mit der Plattform e2democracy: <https://www.e2democracy.eu:8080/ichmachemit/sections.cfm/rkey.7>) begonnen. Dabei handelt es sich ebenfalls um einen Vergleich zwischen Online- und Offline-Partizipationsverhalten. Zur administrativen Seite: Für mich als Bürgermeister stand im Mittelpunkt der Bedarf für ein Konsultationsverfahren unter intensiver Einbeziehung der Bürger/innen, weil sich im »Hohen Feld« die Folgen des demografischen Wandels sehr deutlich zeigen. Besonders interessant war in diesem Falle der angebotene Medienmix zwischen klassischen Instrumenten wie Pressearbeit, Bürgerversammlung, Ortstermin und einer Online-Plattform zur Ideenfindung, zur Bereitstellung von Grundsatzinformation und zur späteren Abstimmung.

Ausgangslage

Das Baugebiet »Hohes Feld« ist ein in den siebziger Jahren entwickeltes Quartier im Kernort Wennigsen der gleichnamigen Gemeinde vor den Toren Hannovers. Die Gemeinde ist ein klassischer Pendlerort mit hoher Wohnqualität. Sie leidet jedoch seit Jahren unter einer desolaten Finanzsituation. Daher wird seit Mitte der 90er Jahre jährlich eine Haushaltssperre erlassen. Der Ort hat rund 5.500 Einwohner (die Gemeinde rund 15.000), davon leben 540 im »Hohen Feld«. Zur Bauzeit war es das höchst verdichtete Wohngebiet Wennigsens mit vor allem Reihen- und Kettenhäusern sowie klassischen Einfamilienhäusern am Rande. Das Gebiet wurde



damals zukunftsweisend mit vier Spielplätzen für alle Altersgruppen entwickelt – vom Kleinkinderspielplatz bis hin zu einem umzäunten Bolzplatz. Mittlerweile ist das »Hohe Feld« das Gebiet, welches exemplarisch für den demographischen Wandel in der Gemeinde ist. Der Altersschnitt liegt weit über dem der Gesamtgemeinde und auch dem des Ortes. 59,3 Prozent der Bürger/innen sind sechzig Jahre alt oder älter (im Vergleich: 30,8 Prozent im Ortsteil Wennigsen, 28,0 Prozent in der Gemeinde). Die Altersgruppe bis sechs Jahren ist mit drei Prozent vertreten, während diese im gesamten Gemeindegebiet bei rund sechs Prozent liegt. Auch in den anderen Altersgruppen bis 60 Jahre ist die Verteilung unterdurchschnittlich.

Die Alterung des Gebietes hat auch vor Spielplätzen und Grünflächen nicht Halt gemacht. Mittlerweile gelten die Spielplätze als nicht mehr zeitgemäß und können durch den kommunalen Bauhof nur noch minimal gepflegt werden. Die Grünflächen überwuchern, liebevoll kann man die Spielgeräte als »historisch« bezeichnen. Die damals gepflanzten Bäume sorgen aufgrund des Laubanfalls vor allem bei den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern für Unmut. Das Wurzelwerk hebt Wege und Platten und schränkt damit die Barrierefreiheit der Wege ein, erschwert das Schneeräumen und schädigt dauerhaft den Unterbau sowie die Rohrleitungen. Heikel ist die Frage des Bolzplatzes. Dieser wurde aufgrund von Anliegerbeschwerden geschlossen. Zwar könnte dieser nach einem Urteil des OVG Lüneburg 1996 wieder eröffnet werden. Allerdings ist dies aus Geldmangel nicht geschehen. Mittlerweile ist er in einem dermaßen desolaten und von Grün überwucherten Zustand, dass er für rund 50.000 Euro komplett erneuert werden müsste. Kernproblem ist jedoch: Wer soll dort bolzen, wenn keine Jugendlichen in dem Gebiet wohnen?

Bereits im Sommer – vor der Niedersächsischen Kommunalwahl – hatte eine gemeinsame Sitzung dreier Gremien auf Handlungsbedarf in dem Bereich hingewiesen. Sowohl der verschiedene Gemeindeausschüsse als auch der Ortsrat Wennigsen als örtliches Gremium hatten nach einem gemeinsamen Ortstermin die Verwaltung beauftragt, ein Handlungskonzept zur Erneuerung des Gebietes vorzulegen. In den Überlegungen wurde auch erwogen, einige der Grünflächen in Bauplätze umzuwandeln, um mit dem Erlös zumindest ein oder zwei Spielplätze zu erhalten oder zu erneuern. Daraufhin meldeten sich Eltern zu Wort, die dagegen protestierten und im Rathaus eine Unterschriftenliste überreichten.

Welche Verfahrensziele werden verfolgt ?

Um dem bestehenden Handlungsbedarf im »Hohen Feld« gerecht zu werden, sind mehrere Lösungsvarianten durchgespielt worden. Jedoch orientiert sich einzig ein offenes Beteiligungsverfahren an den Ansprüchen zeitgemäßer Kommunalpolitik, denen wir gerecht werden wollen. Wesentliche Verfahrensziele sind vor diesem Hintergrund:

- gemeinsam mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen Handlungsstrategien zum Umgang mit dem demographischen Wandel erarbeiten



- die Handlungserfordernisse aus Sicht der Bürger/innen und deren Prioritätensetzungen - mit professioneller Unterstützung - herausarbeiten
- das »Votum« der Bürger/innen zur Entscheidungsgrundlage der Gremien machen
- den Bürger/innen die Bedeutung der Gremienentscheidung verdeutlichen
- bürgernahe Verwaltung und Ratsarbeit realisieren und erkennbar machen
- Engagement und Ehrenamt stärken (z. B. bei Spielplatz-Entwicklung und Grünpatenschaften)
- Gemeinschaftsgefühl im Gebiet und Bürgersinn stärken
- projektbezogenes Fundraising ermöglichen

Wer ist beteiligt ?

Im Oktober wurde das Verfahren konzipiert und kurzfristig auf den Weg gebracht. Beteiligt ist ein Netzwerk von Akteuren, das in den Konsultations- und Entscheidungsfindungsprozess eingebunden wird. Es sind die Bewohner/innen des Bereiches, die ihre Vorstellungen definieren und einbringen sollen. Nach dem Verlauf des Beteiligungsverfahrens erfolgt die Beschlussfassung unter Berücksichtigung der Organe kommunaler Selbstverwaltung. Hierzu gehört auch der Orts- und Gemeinderat als Repräsentant der Gesamtbevölkerung. Dies gilt vor allem, wenn es um Budgetfragen geht, die eine ureigene Hoheit der Gremien sind. Dies gilt aber auch bei Fragen der Abwägung von Interessen zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers und jenen der Ortschaft bzw. dieser Ortschaft und den sieben weiteren Ortschaften im Gemeindegebiet. Zu den Gremien gehört auch das örtliche Jugendparlament, das in der Gemeinde als Kontaktstelle zwischen Rat, Rathaus und Jugendlichen fungiert. Im Rathaus ist das Bürgerbeteiligungsverfahren direkt beim Bürgermeister angesiedelt. Unterstützt wird er dabei sowohl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozial- und Grünbereiches als auch von der Stabsstelle für Projektsteuerung, die die Koordinationsfunktion übernimmt.

Eine besondere Stellung nimmt die Prozesskordinatorin ein. Jedes Bürgerbeteiligungsverfahren braucht ein »Gesicht«, das neutral und engagiert den Prozess begleitet. Dies ist vor allem bei Online-Verfahren bedeutsam, wie wir bereits bei e2democracy festgestellt haben. Bewusst wurde eine ehemalige ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde gewählt. Sie kennt von ihrem bürgerschaftlichen Engagement her viele Seiten, sowohl Bürgerschaft als Rat und Verwaltung. Sie hat einerseits für die Bürgerinnen und Bürger die Funktion der »Kümmerein« und andererseits für die Verwaltung eine Koordinations- und Entlastungsfunktion. Zudem kann sie völlig unabhängig agieren, da sie nicht aus dem Gebiet stammt.



Beteiligungsverlauf

Das Projekt ist mehrere Phasen unterteilt, die vor Ort mit Bürgerversammlungen und Ortsterminen beginnen und online weitergeführt werden:

Auftakt und Konsultation

Am 15. November 2011 fand die Auftaktveranstaltung in einem örtlichen Gasthaus statt. Legitimiert durch den Auftrag der Gremien wurden die Bürger/innen dazu geladen, für das Gebiet eine Beschlussfassung vorzubereiten. Die Ladung erfolgte per amtlicher Bekanntmachung zur Bürgerversammlung (einer förmlichen Beteiligungsmöglichkeit nach Niedersächsischem Kommunalverfassungsgesetz), durch Pressemitteilung und Hauswurfsendung. Auf der Veranstaltung haben sich vier Arbeitsgruppen gebildet – Spielplätze, Grünanlagen, Barrierefreiheit sowie Wohnumfeld & Sonstiges. Die Arbeitsgruppen beruhten auf einem Vorschlag der Verwaltung, die Bürger/innen wurden jedoch gefragt, ob der Zuschnitt für sie sinnvoll erscheint. Dies führte zur Trennung der zunächst zusammengeführten Gruppen Spielplätze und Grünes.

Der Andrang war unerwartet groß: Bei rund 150 Gästen musste der Saal geschlossen werden, rund 30 weitere hatten jedoch Interesse gezeigt. Dies veranlasste ein Ratsmitglied zur der Feststellung: »Bürgerbeteiligung fängt bei der Größe des Saales an.« Bei den Bürgerversammlungen der zurückliegenden Jahre hatte sich ein Mittelwert von rund 50 – 70 Beteiligten eingependelt, daher zeigte das überdurchschnittlich starke Interesse bereits, dass ein Nerv getroffen wurde. Im Anschluss an die förmliche Vorstellung des Projektes konnten die Bürger/innen zugleich die Möglichkeit nutzen, Unmut zu äußern oder konkrete Vorschläge exemplarisch in den Online-Bereich einzubringen. Am darauffolgenden Samstag wurde zu einem zweistündigen Ortstermin geladen. Dabei wurden alle Spielplätze und Grünflächen unter die Lupe genommen.

Online-Konsultation

Unter » <http://www.stateboard.de/wennigsen/>« können die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge mitteilen. Nach rund zwei Wochen Beteiligungsverlauf sind bereits rund 80 Vorschläge (Postings) eingegangen. Diese werden über ein Formularfeld auf einer virtuellen Pinnwand eingetragen. Das Posting kann anonymisiert oder unter Namensnennung erfolgen, wobei die deutliche Mehrheit sich anonym zu Wort meldet. Die Pinnwand ist noch bis zum 8. Januar 2012 geöffnet. Die Vorschläge werden direkt veröffentlicht und sind für alle sichtbar. Während der Phase des Ideensammelns treffen sich die Arbeitsgruppen auch real, um gemeinsam weitergehende Vorschläge zu erarbeiten.

Strukturierte Ergebnisse, Diskussion und Prüfung

Unter Leitung einer Moderatorin soll ein Maßnahmenkatalog erstellt werden, der am 10. Januar im Bürgersaal des Rathauses vorgestellt und diskutiert wird. Die Vorschläge prüft anschließend die Verwaltung mit ihren jeweils zuständigen Fachbereichen auf ihre rechtliche und finanzielle Machbarkeit hin. Zu den rechtlichen Aspekten gehört zum Beispiel die vergleichsweise rigide Baumschutzsatzung der Gemeinde Wennigsen oder ver-



sicherungsrechtliche Vorschriften zur Spielplatzgestaltung. Anschließend soll der Maßnahmenkatalog noch einmal neu gefasst und überarbeitet werden.

Abstimmung und Abschlussveranstaltung

In der Zeit vom 12. – 28. Januar wird der Maßnahmenkatalog auf der Internetseite veröffentlicht. Während dieser Phase können die Bewohnerinnen und Bewohner des »Hohen Feldes« über ihre Prioritäten abstimmen. Bereits bei der Ortsbegehung hat sich gezeigt, dass über eine Vielzahl an kleineren und vergleichsweise kostengünstigen Maßnahmen Konsens besteht. Dazu gehört die Beibehaltung von Fallschuttmatten, die jedoch gereinigt werden müssten. Über große und kostenintensive Maßnahmen wie die Erneuerung des Bolzplatzes oder die Errichtung eines »Mehrgenerationenspielplatzes« dürfte jedoch noch diskutiert und dem Mehrheitsvotum unterworfen werden. In einer Abschlussveranstaltung am 7. Februar 2012 soll die Prioritätenliste im Rathaus präsentiert werden.

Zur offiziellen Beratung durch die politischen Gremien basierend auf den Ergebnissen erarbeitet die Gemeindeverwaltung eine Vorlage zur Beratung. Die Abschlussveranstaltung im Februar war terminlich deshalb wichtig, um die Ergebnisse noch in die Haushaltsberatungen der Fraktionen einspeisen zu können. Aufgrund der Kommunalwahl 2011 wird der Haushalt erst in die Ratssitzung im Dezember eingebracht und im März beschlossen, daher wurde das Beteiligungsverfahren in diesen Zeitraum gelegt. Ein anderer Grund, noch vor dem Frühjahr 2012 Ergebnisse vorliegen zu haben, liegt im Einsatz des Bauhofes. Insbesondere kleinere Maßnahmen sollen kurzfristig umgesetzt werden, damit die beteiligten Bürger/innen bestätigt bekommen: »Es passiert auch etwas, es hat sich gelohnt mitzumachen!«

Erste Lehren

Das Verfahren ist mit sehr großer Beteiligung und dem Interesse der Bürger/innen sowie Medien angelaufen. Die örtliche Presse, sowohl die zwei Tageszeitungen als auch die örtliche Internet-Zeitung connect.de, hat intensiv über das Projekt berichtet. Da es unmittelbar nach der Kommunalwahl gestartet ist, sollte dieses auch eine Signalwirkung haben, dass Rat und Verwaltung in die neue Periode mit einem musterhaften Beteiligungsverfahren beginnen. Dies ist gelungen. Allerdings musste – vor dem Hintergrund der vorpreschenden Initiative des Rathauses – zunächst um Vertrauen bei den gewählten Vertretern geworben werden. Aus Gesprächen hörte ich einige Skepsis heraus und auch die Sorge, dass die gewählten Gremien unterlaufen werden könnten.

Jeder Akteur muss in dem Verfahren seinen Platz finden und es muss auch den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht werden, dass es sich bei den von Ihnen im Beteiligungsverfahren erarbeiteten Ergebnissen zunächst um Vorschläge für die gesetzlich festgelegten politischen Mandatsträger/innen handelt. Bezüglich des Medienmixes hat es unerwartet wenig kritische Stimmen zum Online-Verfahren gegeben. Allerdings ist hier noch ein Abstimmungsverfahren zu wählen, dass sowohl administrativ zu handhaben ist als auch den Bürgerinnen und Bürgern die notwendige, gewichtige Stimme gibt. Abschließend bleibt festzuhalten, dass durch das Ver-



fahren ein gewaltiger Erwartungs- und Handlungsdruck Richtung Rat und Rathaus aufgebaut wurde, den es nun zu bewältigen gilt.

Autor

Christoph Meineke ist Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen (Deister). Er studierte Volkswirtschaftslehre in Wien, Friedrichshafen, St. Gallen und promoviert in Witten/Herdecke. 2006 wurde er parteilos zum hauptamtlichen Bürgermeister seiner Gemeinde bei Hannover gewählt. Er ist der jüngste Rathauschef in Niedersachsen.

Kontakt:

Christoph Meineke
Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen (Deister)
Hauptstrasse 1
30974 Wennigsen
c.meineke@wennigsen.de
<http://www.wennigsen.net>

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de